



INSTYTUT PÓŁNOCNY

im. Wojciecha Kętrzyńskiego w Olsztynie



ARCHIWUM
PAŃSTWOWE
W OLSZTYNIE

Einzel-Exemplar 10 Pf. mit Kreisblatt 20 Pf.

Ausgabe 8.

Johannisburger Zeitung

Parteilos
Publications-Organ



für den
Kreis Johannsburg.

Druckerei: Johannishurger Zeitung
Verlag: Johannishurger Zeitung G. m. b. H.

Druck und Verlag: Johannishurger Zeitung G. m. b. H.

Beilage: Johannishurger Kreisblatt
wöchentlich 1 mal.

Verantwortlicher: Gottlieb Haase, Johannsburg

Nr. 65.

Dienstag, den 8. Juni 1920.

Jahrg. 1920.

Abstimmungstermin Sonntag den 11. Juli.

Neueste Nachrichten.

Neue Niederlage der Bolschewisten.

Kopenhagen. Alle Versuche der Bolschewisten, weiter gegen Schweden vorzudringen, sind gescheitert. In der Person hat der Feind eine neue große Niederlage erlitten. Die Bolschewisten sind in den Reihen der Unabhängigen und Gefangenen nah und dabei eine große Menge Kriegsgerät erbeutet. Es bestätigt sich, daß die Bolschewisten die Friedensverhandlungen mit Lettland zum Anlaß nahmen, um an der lettischen Front Vorräte von Dinaburg einen Ueberumpelungsversuch zu machen; sie wurden jedoch von den Letten zurückgeworfen und erlitten große Verluste.

Militärische Vorbereitungen der Unabhängigen.

Mugaburg. Von dem unabhängigen Organ „Der Kampf“ wird offen ausgegeben, daß die Unabhängigen an militärische Unternehmungen denken. Es wurde betont, daß in München eine Rundfrage erlassen sei, wo viele militärisch ausgebildete Leute sich in den Reihen der Unabhängigen befinden. Dazu bemerkt das Organ „Der Kampf“ wörtlich: Die Mitteilung beruht auf Tatsachen. In der Mitteilung werden aber die Zahlen noch unterschätzt, die sich aus der Rundfrage ergeben haben. Sie erklären offen, daß wir nichts zu verschweigen haben. Wir treffen die Vorbereitungen, die zur Verteidigung der deutschen Revolution notwendig sind!

Terror in einer Verammlung.

Mugaburg. Zu terroristischen Gewalttaten kam es am 4. d. in einer Verammlung des Deutschpöhlischen Schulbundes, in der Schriftsteller Kerlen aus Nürnberg über das Thema „Deutschum und Judentum“ in sachlicher Weise sprach. Die Unabhängigen räumten unter lautem Schand und Geheul von Sirenen die Bühne, so daß der Redner unwillkürlich schliefen mußte. Im Saale entband eine wilde Schlägerei. Die Polizei war machtlos.

Die Auslieferung der Zeppelin... Die Mannschaften weigern sich.

Aus Stuttgart wird berichtet, daß die Ueborgabe der nach dem Friedensvertrag an die Entente abzuliefernden Zeppelin-Luftschiffe, die in den nächsten Wochen übergeben werden sollten, nach Friedrichshafener Meldung auf Schwierigkeiten gestoßen sei. Die Arbeiter des Luftschiffwerkes „Zeppelin“ und die Besatzung der Deutschen Luftschiff-Alt-Gei, die es fertig machen, bzw. die Ueberführung der Luftschiffe übernehmen sollten, weigerten sich, die zu tun, weil sie durch die Maßnahmen der Entente den deutschen Luftschiffbau und Luftschiffbetrieb bedroht sehen. Sie machten ihre Mißwirtschaft bei der Auslieferung der Luftschiffe insbesondere davon abhängig, daß die beiden Verkehrs-Luftschiffe „Bodensee“ und „Nordsee“ belassen und keine Zerstörung der Werftanlagen verlangt werde, welche den Bau der Luftschiffe auf längere Zeit lahmlegen soll.

Was aus Deutschland herausgepreßt wird.

Die Entente hat der deutschen Regierung auferlegt, die Gehälter für die Kommissionsmitglieder wesentlich zu erhöhen. So soll beispielsweise der Vorsitzende eine Jahresentschädigung von 342 000 Mark erhalten. Ein Hauptmann der Kommission bekommt 152 000 Mark jährlich, ein Unteroffizier 69 000 Mark, ein gewöhnlicher Mann 42 000 Mark. Diese von Deutschland den Entente-Kommissionsmitgliedern und deren Familien und Schreibern zu zahlenden Jahresbezüge stellen lediglich Verpflegungsgelder dar. Außerdem erhalten die Kommissionsmitglieder noch Quartier und Gehalt. Die Unterhaltung des Generals Koller im „Hotel Kaiserhof“ in Berlin kostet allein an Zimmerpreisen jährlich rund 144 000 Mark.

Preiswut in Rheinpfalz und Ruhrgebiet.

Karlsruhe. (R. G.) In der Rheinpfalz und im Ruhrgebiet ist infolge eines dreiwöchigen Käuferstreiks ein totaler Preiswut eingetreten. In Saarbrücken kostet holländischer Kaffee nur noch 17 Mark, das Pfund Kaffee nur noch 18 Mark. Gleich enorm ist der Preiswut in Dillenburg. Der Schuppreis für die besten Herrenstiefel ist auf 170 Mark gestiegen.

Volksabstimmung.

Allenstein. (MTR) Die interalliierte Kommission hat heute Sonntag, den 11. Juli 1920 als Tag der Abstimmung im Regierungsbezirk Allenstein und Kreis Olske festgesetzt.

Rundgebung des Reichskommissars.

Allenstein. (D. 3.) Zu der Verordnung der interalliierten Kommission erläßt der Reichskommissar folgende Rundgebung: Nachdem die interalliierte Kommission den 11. Juli als Abstimmungstag für das ostpreussische Abstimmungsgebiet amtlich bekannt gegeben hat, richte ich auf Wunsch der Kommission an die gesamte Bevölkerung die dringende Aufforderung, wie bisher, Ruhe und Ordnung zu bewahren und den Zusammenstoß mit anders Gesinnten zu vermeiden.

Der Reichs- und Staatskommissar für das ostpreussische Abstimmungsgebiet.

von Gagli, Militärischer Geheimar Oberregierungsrat.

Reichstagswahl.

Berlin. (MTR) Die Wahlen sind überall ruhig verlaufen. Aus 147 Bezirken des Nordens liegen Meldungen über Wahlergebnisse vor. Danach haben erhalten: Sozialdemokratie 18 954; Unabhängige 46 374; Demokraten 5 632; Zentrum 3 023; Deutsche Volkspartei 1012; Deutsche Nationale Volkspartei 1072; Kommunisten 1030; Wirtschaftliche Vereinigung 134; Nationaldemokraten 34; National-Sozialdemokraten 57. Aus den übrigen Bezirken liegen nur Teilergebnisse vor.

Die Finanzlage der polnischen Republik und der polnisch-russische Krieg.

Im „Berliner Börsen-Courier“ bespricht (Nr. 253) Generaldirektor Vossberg die trostlose Finanzlage der polnischen Republik, wie sie sich nach dem Vorschlag für den polnischen Staatshaushalt, der am 20. April dem polnischen Landtage zugegangen ist, darstellt. Es heißt in dem Artikel u. a.:

Sieht man sich diesen Haushaltsplan genauer an, so ergibt sich folgendes Bild: Von den 47 Milliarden Mark Einnahmen sollen, sage und schreie, 40 Milliarden 500 Millionen durch Anleihen gedeckt werden und es muß höchst zweifelhaft erscheinen, ob diese Anleihen wirklich das norgesehene Ergebnis erzielen werden.

Die Vorschläge der Ausgaben (mit 47 Milliarden 556 Millionen Mark) werden bei dem ständigen Steigen der Preise für alle Lebensmittel und Verbrauchsgüterstände und dem dauernden Krieg, den Polen seit seiner Aufrichtung durch die Entente führt, zweifellos stark überschritten werden. Die Versorgung der Bevölkerung und des Heeres ist mit fast 25 Milliarden in den Etat eingeplant, beträgt also mehr als die Hälfte aller Ausgaben. Polen müßte bei einigermaßen normaler Wirtschaft nicht Lebensmittel einführen, sondern ausführen. Heute aber liegen in Kongresspolen von 800 000 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche 400 000 Hektar unbesetzt.

Die Katastrophe „Roma Reformata“ berechnet die Schulden Polens auf Grund der Vorschläge der Budgets seit dem Bestehen des Staates bis Ende 1920 (26 Monate) auf 63 Milliarden Mark. Dazu kommen aber noch die Schulden, die Polen der Entente gegenüber aus deren Forderungen an Rußland, Österreich und Deutschland übernehmen mußte und eine frühere Auslandsanleihe, die Schulden auf etwa 3 Milliarden Francs. Im Etat ist die im März 1919 vorgesehene Auslandsanleihe von 5 Milliarden Francs mit 2½ Milliarden polnischer Mark eingestellt. Nach dem heutigen Stande der polnischen Valuta dürfte die Summe wohl mit 55 Milliarden polnischer Mark nicht zu hoch einschätzt sein. Dazu können noch die oben erwähnten 3 Milliarden Francs, so daß die Gesamtschulden Polens auf rund 140 Milliarden polnischer Mark einschätzen wären. Und das bei einem Volke von etwa 30 Millionen, deren Bildung und Ar-

beitsleistungen hinter denen des deutschen weit zurückstehen, und dessen Volk fast ausschließlich aus unter dem europäischen Niveau lebenden Massen besteht. Der kleine polnische Staat sollte das enorme Volk 70 polnische Mark, heute wird es mit 800 Mark bezahlt.

Bei dieser Finanzlage ist die Versicherung des polnischen Grabs, daß in Polen nicht ein Prozent der polnischen Bevölkerung des Einkommens und des Vermögens an Steuern erhoben werden müssen, nur zu berechtigt. Aber Steuern werden bisher nur im ehemaligen preussischen Anteil erhoben. Aufzubauende Arbeit wird in Warschau nicht geleistet. Nicht einmal eine Bestimmung hat der polnische Landtag bisher geben können. Es kommt der Krieg mit seinen stets wachsenden Ausgaben. Polen ist kein Reich, sondern eine Diktatur unfähiger und korrupter Beamter.

It Polen nicht im Stande, die russisch-bolschewistische Armee zu schlagen oder selbst einen ansehnlichen Teil der herbeizuführen, so können die Entente und die anderen Geldgeber Polens ihre Forderungen auf Markt abschreiben. Die Aussicht auf einen polnischen Sieg aber stehen heute unter dem Gesichtspunkt, daß Rußland nicht ab, so lange es im Nordosten ist, nicht auf einen Frieden einlassen, sondern wahrscheinlich Warschau weiter zur russischen Stadt machen wollen.

Der Doh gegen Deutschland und die tschechische Unabhängigkeit polnischer Vorkriegspositionen und polnischer Verhältnisse haben die Entente zur Erreichung und Stützung Polens veranlaßt. Auch hier zeigt es sich, daß der Feind in der Politik wie im Handelsgeschäft ein blinder Narr gebt ist und daß politische Versprechungen alles Fund sind.

Der Steuerzahlungswirrwarr.

Von Dr. Erik Specht.

Das Reich fürchtet die Steuerflucht. Nicht ohne Grund hat der Grundbesitzer seine Steuerzahlung. Am die Trübsal der Welt mit dem Mindeste der Einkommensteuer zu erfüllen, hat es seinen Gehirne den Arbeitgebern aufgebürdet. Eine Entschädigung, versteht sich, eine erhebliche Summe.

Der Arbeitgeber, im weitesten Sinne des Wortes, hat seinem Belegschaften 10 Prozent des hiesigen Gehaltsentgeltes einzubehalten, die sogenannte Steuer auf die Lohnzahlungen. Der Arbeiter hat seine Steuern nicht zu zahlen, sondern der Arbeitgeber hat sie zu zahlen. Es heißt in dem Artikel u. a.:

Die Arbeitgeber, die in der Hand ihrer Empfänger wie die Arbeitgeber, Aufgeklärter, Arbeiter und Arbeiterinnen und andere Bezüge oder wertvolle Vorteile für frühere Dienstleistungen oder Vorkriegsleistungen. Der Markt der Natural- und Sachbezüge ist dabei vollständig mit dem Betrag anzureichen, der sich aus den Lohnzahlungen ergibt. Für diese einbehaltenen 10 v. H. die auf volle Mark nach unten abzurunden hat, hat nun der Arbeitgeber in eine Steuerkarte in ähnlicher Weise Steuermarken einzufügen und zu entwerfen, wie er das bei der Zwangsversteigerung bereits hat über müssen. Die Steuerkarte muß sich der Arbeitnehmer für das Steuerjahr 1920 von der Steuerbehörde seines Wohn- oder Beschäftigungsortes ausstellen lassen. Alsus herabsetzt — wie großmütig — dafür nichts. Er kommt noch weiter entgegen: der Arbeitnehmer darf auch beantragen, daß das „Klebens“ den einbehaltenen Lohnzahlungen dem Finanzamt durch Uebermittlung auf Vollzahl, aber Kontanto übermitteln zu lassen. Der Arbeitnehmer erhält in diesem Falle eine Bescheinigung.

Hat der Arbeitnehmer noch keine Steuerkarte, so bezahlt sein Broterwerb die Steuermarken vollständig auf. Diese bekommt man bei den Finanzämtern.

Das Verfahren heißt — für den Arbeiter — einfach genug aus. Es hat aber einen bösen Haken. Die 10 v. H. stellen nämlich nicht den wirklichen Steuerbetrag dar, aber doch nur in seltenen Fällen, sondern bedeuten nur eine vorläufige Abschlagszahlung.

Steuerpflichtig ist bei dem Betrag von 1500 Mark übersteigende Teil des jährlichen Einkommens. Auch viele Grenze ist fließend. Je nach der Zahl der Unterhaltsberechtigten aber zum Haushalt zählbaren Personen erhöht sich der steuerliche Betrag immer um 100 Mark für die erste und um weitere 200 Mark für die folgenden Personen dann, wenn der Steuerpflichtige nicht mehr als 10 000 Mark Einkommen hat.